

Schlamm Schlacht unterhalb der Gürtellinie

Lügen, Verdrehungen und Entstellungen über Ostdeutschland
im Antrag des Bundesvorstandes der CDU
von Klaus Blessing

Unter dem Titel

*„Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands“
legt der Bundesvorstand der CDU einen Antrag an den 22. Parteitag vor, der am 1.
und 2. Dezember in Stuttgart stattfindet. Nach Presseinformationen wurde das Mate-
rial unter Federführung von Frau Prof. Dr.- Ing. Dagmar Schipanski, Spezialistin für
Festkörperphysik und gegenwärtige Präsidentin des Landtages Thüringen erarbeitet.
Mit „Perspektiven für Ostdeutschland“ hat der Antrag nicht viel zu tun, wohl aber mit
übelster Geschichtsfälschung und Verleumdungen der DDR. Der folgende Beitrag
entlarvt vor allem den ökonomischen Teil der Fälschung.*

Traum und Wirklichkeit

Der Parteivorstand der CDU hat einen Traum: *Die große Mehrheit der Menschen in den Neuen Ländern bekennt sich zu den Prinzipien unserer Demokratie und zum Grundgesetz*, meint er in seinem Antragspapier. Das mit dem Grundgesetz stimmt. Die Mehrheit der Ostdeutschen würde es begrüßen, wenn die CDU-geführte Bundesregierung das Grundgesetz einhalten und demzufolge die Beteiligung Deutschlands an Kriegen unterbinden, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums herstellen, die Würde aller Menschen achten, gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland sichern und Rechtsstaatlichkeit für alle Bürger gewährleisten würde. Die Meinung der Ostdeutschen ist aber anders. Nach Meldung der Zeitschrift „Die Welt“ vom April 2008 glauben nach einer Umfrage noch 44 Prozent der Ostdeutschen an das Funktionieren der Demokratie, 33 Prozent an das Funktionieren der Marktwirtschaft und 30 Prozent an Soziale Sicherheit. Das CDU-Papier ignoriert diese Realität. Statt dessen wird durch den CDU-Vorstand eine geradezu groteske Abrechnung mit dem politischen und wirtschaftlichen System der DDR durchgeführt.

Lügen und Verleumdungen

Die Bevölkerung der DDR ist durch den Sozialismus und die Misswirtschaft des SED-Regimes um die Früchte ihres Fleißes gebracht worden, heißt es. Das schreibt ein CDU-Vorstand, dessen Vorgänger seit 1945 nichts anderes zu tun hatten, als gerade dieses Ziel durchzusetzen. Wirtschaftssembargo, Währungsspekulationen, Abwerbung von Millionen ausgebildeten Spitzen- und Fachkräften von der unter Reparationen ächzenden DDR in die durch den Marshallplan aufgepöppelte BRD zeichnete seit Bildung des westdeutschen Staates dessen von der CDU geführte Politik aus. Damit nicht genug. In der Wendezeit wurde der DDR-Bevölkerung nicht nur das unter schwierigsten Bedingungen erarbeitete Volksvermögen geraubt und in westdeutsche Privattaschen transferiert, auch der Großteil der Ersparnisse wurde abgewertet. Wer hat die DDR-Bevölkerung um die Früchte ihres Fleißes gebracht?

Nach Meinung des CDU-Vorstandes gab es in der DDR eine „verdeckte Arbeitslosigkeit“ von 1,4 Millionen Menschen, das entspräche einer Arbeitslosenquote von 16 Prozent. Woher hat die CDU diese nirgends belegte Zahl? Wahrscheinlich aus der Rückrechnung: Man braucht eine Arbeitslosenquote, die die heutige offiziell ausgewiesene Größe in Ostdeutschland erreicht. Niemand bestreitet, dass es in der DDR auch unproduktiv Beschäftigte gab, wer will, kann das „verdeckte Arbeitslosigkeit“ nennen. Wie viele verdeckte Arbeitslose gibt es in der BRD in Amtsstuben, Konzernzentralen, im Rechts(un)wesen, bei Beraterfirmen und anderen unproduktiven Tätig-

keiten? Vielleicht sind „verdeckte Arbeitslose“, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit im Kollektiv verdienen, sogar sozial und volkswirtschaftlich besser als „offene Arbeitslose“, die ausgestoßen von der Gesellschaft nutzlos vor sich hingammeln und demütigend um staatliche Almosen bitten müssen, „würdevoll“ garniert durch Offenlegung ihrer Privatsphäre und des Kontoauszuges.

An die Polemik zur „verdeckten Arbeitslosigkeit“ schließt sich bei der CDU die über den „Produktivitätsrückstand“ in der DDR an. Jawohl, den gab es. Als die DDR 1990 der BRD beitrug, betrug der Rückstand annähernd 45 Prozent des Westniveaus. Als die DDR den Wettlauf mit der BRD 1949/50 aufnahm, hatte sie jedoch durch Spaltung, Verletzung des Potsdamer Abkommens und Reparationsleistungen einen Produktivitätsrückstand zur BRD von fast 80 Prozent.

Nach Statistiken des Institutes für Sozialforschung Köln, das die Entwicklung in der DDR und der BRD auf eine vergleichbare Datenbasis gestellt hat, stieg die gesamtgesellschaftliche Arbeitsproduktivität (BIP je Einwohner) von 1970 bis 1989 in der DDR auf 189 Prozent, in der BRD auf 152 Prozent. Ist es Ausdruck des *Versagens der Planwirtschaft* und des *wirtschaftlichen Bankrotts*, wie im CDU-Papier genüsslich behauptet wird, wenn sich die Wirtschaft der DDR wesentlich schneller entwickelt als die der BRD?

Natürlich darf im CDU-Papier die Legende von der Pleite der DDR-Wirtschaft nicht fehlen. Mangels eigener Kenntnisse berufen sich die leitenden Physiker im CDU-Partei Vorstand immer wieder auf das so genannte „Schürer“-Papier vom Oktober 1989, denn *Schürers Plankommission überblickte wie keine andere Organisation alle Vorgänge in der staatlichen Planwirtschaft*, stellt die CDU fest. Welch nachträgliches Lob für planwirtschaftliche Arbeit! Leider stimmt das aber so nicht. Ausführlich habe ich mich mit den historischen, subjektiven und objektiven Mängeln des „Schürer“-Papiers anderweitig auseinandergesetzt. („War die DDR pleite?“ in Junge Welt vom 15. September 2008). Hier die Fakten: Nach Abschlussbericht der Deutschen Bundesbank betrug die Auslandsverschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet der DDR nur die Hälfte des im Schürer-Papier ausgewiesenen Wertes. Ursache: Gerhard Schürer kannte nicht – durfte nicht kennen – alle Guthaben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung. Real betrugen die Auslandsschulden 760 Dollar je DDR-Bürger. Im Vergleich zu den Auslandsschulden vieler kapitalistischer Entwicklungsländer, vom Schuldenweltmeister USA ganz zu schweigen, eine beherrschbare Größe. In der Höhe der Staatsverschuldung (In- und Ausland) war die DDR geradezu ein Musterknabe. Die DDR-Schulden betrugen 1989 nach Prof. Arno Peters (Bremen) 1569 DM je Bürger. (ND vom 25. Juni 1994), realistisch waren sie höher, sie betrugen ca. 3000 bis 4000 DM je DDR-Bürger. Die Staatsverschuldung der BRD betrug zum gleichen Zeitpunkt bereits 14.900 DM je Bundesbürger, heute sind es – in DM umgerechnet - über 34.000 DM. *Die Leistungen der Sozialpolitik . . . beruhen nicht auf der eigenen Wirtschaftskraft der DDR, sondern zum erheblichen Teil auf Schulden*, meint die CDU. Worauf beruhen die Nicht-Leistungen in der Sozialpolitik – Arbeitslosigkeit, Niedriglohn, Sozialkürzungen – in der BRD bei einer 10-fach höheren Schuldenlast? Worauf beruhen die Leistungen der USA bei einer Staatsverschuldung von annähernd 40.000 US-\$ je Einwohner? Wofür sind diese Schulden verwendet worden? Die Antwort findet jeder denkende Mensch in der gegenwärtigen Finanzkrise, der Militarisierung und Reichtumsakkumulation in wenigen Händen.

Ausplünderung der DDR als CDU-Tradition

Nach der Verleumdung der DDR-Wirtschaft folgt im CDU-Papier die Verklärung der historischen Leistungen der CDU. *Die CDU hielt unbeirrt die deutsche Frage offen*. Das stimmt. Seit Gründung der Bundesrepublik führten die CDU und die von ihr do-

minierten Regierungen einen erbarmungslosen politischen und ökonomischen Kampf gegen die DDR und um deren Anschluss an die BRD. „Forschungsbeiräte“ und „Wissenschaftsbeiräte“ unter Adenauer und Kohl, untersetzt und dominiert von Funktionsträgern aus dem Nazi-Reich, haben in ihrem Auftrag die Detailregeln zur Annexion der DDR erarbeitet. Deshalb erkannten die CDU-Regierungen die DDR auch nie als souveränen, selbständigen Staat an, sondern schädigten und plünderten ihn aus. Nach eigenen Berechnungen (dargelegt in Blessing/Damm/Werner „Die Schulden des Westens – Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird“) wurde dadurch im Zeitraum von 1949 bis 2000 der DDR Schaden und der BRD Nutzen in Höhe von mindestens 7 Billionen DM zugefügt.

Die unionsgeführte Bundesregierung – mit dem Kanzler der Einheit an der Spitze - nahm in den Jahren nach der Wiedervereinigung die richtigen Weichenstellungen vor, meint der CDU-Vorstand. Besonders gepriesen wird die im Juli 1990 durchgeführte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der perversen Feststellung, dass gerade die das wichtige Signal für die Menschen in der DDR war, dass der Einheitsprozess in unserem gemeinsamen Interesse lag. Ein Scheitern dieser Pläne hätte den wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR beschleunigt. Alle mit der Problematik der „Wiedervereinigung“ vertrauten Fachleute sind sich darin einig, dass gerade die überstürzte Durchführung der Währungsunion der Knackpunkt bei der Zerstörung der DDR-Wirtschaft war, weil mit ihr eine Aufwertung der DDR-Produkte im internationalen Wettbewerb um etwa 300 Prozent erfolgte. Im britischen Guardian vom 12. April 1991 kann man lesen, dass „die Währungsunion zu den Bedingungen von Kanzler Kohl mit einer ökonomischen Atombombe vergleichbar“ gewesen ist.

Der damalige Wirtschaftsminister Möllemann – allerdings FDP, nicht CDU – erklärte im Juni 1991 auf einem Vortrag vor amerikanischen Gästen: „Wenn der Dollar um 300 bis 400 Prozent aufgewertet wäre, hätte auch eine ausgesprochen konkurrenzfähige Wirtschaft beträchtliche Rückschläge erlitten.“ Genau darum ging es der CDU im Auftrag des westdeutschen Großkapitals: Ostdeutsche Konkurrenz ausschalten, östliche Absatzmärkte auch jenseits von Oder und Neiße erobern, qualifizierte Arbeitskräfte abwerben. Diese Ziele wurden glänzend und kurzfristig erreicht. Innerhalb von zwei Jahren (von 1989 bis 1991) sank die wirtschaftliche Leistung im Osten Deutschlands um 40 Prozent - in den alten Bundesländern stieg sie um 11 Prozent -, die Industrieproduktion stürzte auf 35 Prozent ab, die Erwerbstätigkeit ging schlagartig um über 2 Millionen Beschäftigte zurück, plötzlich waren über 1 Millionen Arbeitslose „auf dem Markt“. Von diesem Schock haben sich die ostdeutschen Länder bis heute nicht erholt.

Wie nachprüfbar Berechnungen ergeben, ist im Jahre 2007 gegenüber 1989 zwar die im Bruttoinlandsprodukt ausgewiesene Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern formal auf 127,7 Prozent gestiegen. Tragende Säule des Aufstiegs waren jedoch unproduktive Leistungen. Allein die „Finanz- und Unternehmensdienstleistungen“, ein Instrument der Ausplünderung Ostdeutschlands und ihrer Bürger im Interesse des westdeutschen Finanzkapitals, sind auf 671 Prozent angestiegen. Im produzierenden Gewerbe besteht immer noch ein Rückstand gegenüber dem DDR-Niveau von 25 Prozent.

Wenn die CDU feststellt, *die neuen Länder haben sich bis heute grundlegend verändert*, dann trifft das zu. Sie sind geprägt von Deindustrialisierung, Auswanderung und Überalterung, Arbeitslosigkeit und Verfall. Dass *beim Aufbau der neuen Länder Großartiges geleistet wurde*, stimmt auch, nur für wen? Die Gewinne aller Kapitalgesellschaften legten in der Zeit der „Wiedervereinigung“ um 75 Prozent zu, konstatierte der Tagesspiegel am 10.10.2004.

Verleumdungen statt Konzepten

Dass die *Deutschen deshalb Grund zur Dankbarkeit und Freude haben*, ist blanker Hohn. Die plumpen Anbiederungen der CDU – *Wir in der CDU sind stolz auf den großen Einsatz und die starken Leistungen der Menschen in den ostdeutschen Ländern* – sind widerwärtig. Der Mehrheit der ostdeutschen Menschen wurde überhaupt keine Chance gegeben, Einsatz und Leistungen einzubringen. Die politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Eliten des Landes – ob mit oder ohne Parteibuch – wurden „abgewickelt“. Facharbeiter, junge Menschen und Frauen wurden in den Westen „vertrieben“. *Während der SED-Diktatur wurde fast ein Viertel der Bevölkerung aus dem Land getrieben*, stellt die CDU fest. Die von der CDU dominierte „Demokratie“ trieb nach 1989 mehr Bürger aus dem Land als in der Zeit der offenen Grenzen bis 1961 die DDR verlassen haben. Von den Hiergebliebenen ist real jeder Vierte arbeitslos.

Für die CDU *befindet sich der Aufbau Ost auf gutem Wege*. Deshalb braucht sie auch keine Alternativen zur bisher verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickeln. Statt dessen ist ihr wichtig, *die Aufklärung über das DDR-Unrechtsregime zu verstärken. Zusätzlich zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust gehört für die CDU auch das Gedenken an die Opfer der Diktatur der SED zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinigten Deutschlands*, heißt es. Wir sollten dem Vorstand der CDU dankbar für diese Klarstellung sein. Gemäß Duden heißt „konstitutiv“ grundlegend, das Wesen einer Sache ausmachend. Wenn für den CDU-Vorstand eines der abscheulichsten Verbrechen der Menschheit, der Holocaust, und SED-„Diktatur“ ein konstitutives Element des wiedervereinigten Deutschlands sind, wendet sich der „wiedervereinigte Bürger“ bei aller kritischen Haltung zur DDR-Vergangenheit mit Grausen und Abscheu ab.

Substanziell hat die CDU als „Perspektiven für den Osten Deutschlands“ – wie der Untertitel ihres Papiers lautet – nichts anzubieten. Ganz im Sinne ihrer konstitutiven Elemente steht an erster Stelle *lebendige Geschichte der DDR in Lehrplänen zu verankern, im Schulunterricht Zeitzeugen zu Gesprächen einladen* – Antifaschisten und Aktivisten der ersten Stunde auch erwünscht? – einen *Lehrstuhl DDR-Unrecht zu schaffen, nationale Freiheits- und Einheitsdenkmäler errichten* und noch mehr Geld in die Massenmedien zu pumpen, um der Bevölkerung durch „wertvolle Filme“ das DDR-Unrecht nahe zu bringen.

Für die Perspektive Ostdeutschland werden die alten Kamellen vom selbst tragenden Aufschwung, der Vollbeschäftigung, dem Ausbau der Infrastruktur neu aufgewärmt. Die Kohlsche Lüge von den blühenden Landschaften, die Merkelschen Märchen von ihrer Mecklenburgischen Heimat als Bayern des Ostens, kommen vom CDU-General Pofalla in neuem Gewand daher: „Unser Ziel ist es, dass Ostdeutschland in zehn Jahren zu einer der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen im Herzen Europas wird“, sagt er im Interview mit der Mitteldeutschen Zeitung vom 28.6.2008. Was in 20 Jahren Misswirtschaft unter Führung der CDU – wofür nach deren Meinung natürlich immer noch *die Folgen der sozialistischen Misswirtschaft* schuld sind - nicht erreicht wurde, soll nun in 10 Jahren geschafft werden? Wer soll solchen Unsinn glauben? Seriöse Politiker, Wissenschaftler und Journalisten zeichnen inzwischen für den Osten das Bild des deutschen Mezzogiorno an die Wand. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), das Schweizer Forschungsinstitut Prognos und das Handelsblatt prognostizieren für den Osten Deutschlands eine Region mit „hohen und höchsten Zukunftsrisiken“, geprägt durch Bevölkerungsschwund, weiteren Abbau der Erwerbstätigkeit, Vergreisung und Versteppung. In der Presse macht bereits der Begriff der „kontrollierten Verwilderung“ die Runde. Die CDU ficht das nicht an. *Die Bilanz ist reich an Erfolgsgeschichten*, meint sie. Deshalb schließt ihr Papier mit

einer Warnung. *Wir werden unsere Erfahrungen aus dem Wiedervereinigungsprozess Deutschlands kreativ für das zusammen wachsende Europa nutzen.* Ein wichtiges Eingeständnis, das die Wachsamkeit der europäischen Bürger gegen die europäischen Interessen des deutschen Großkapitals schärfen sollte.

Was soll der Schmutz?

Zur *inneren Einigung*, wie die CDU meint, wird die Kampagne bestimmt nicht beitragen. Aber darum geht es auch nicht. *Die CDU wird ihren Kampf gegen sozialistische Experimente jeglicher Art fortsetzen*, verkündet der CDU-Vorstand. Das ist des Pudels Kern. Angesichts der im kapitalistischen System unlösbaren sozialen, ökologischen und ökonomischen Widersprüche soll den Menschen das Denken an sozialistische Alternativen ausgetrieben werden.

Im Zentrum steht die Lüge, oder, wie es Fidel Castro in seinen Memoiren treffender ausdrückt, der „konditionierte Reflex“: „Eine Lüge ist nicht das Gleiche wie ein konditionierter Reflex. Die Lüge beeinträchtigt das Wissen, der konditionierte Reflex beeinträchtigt die Fähigkeit, zu denken. Und es ist nicht das Gleiche, ob man desinformiert ist oder ob man die Fähigkeit, zu denken, verloren hat. „Der Sozialismus ist schlecht, der Sozialismus ist schlecht“. So bringt man Papageien das Sprechen, Bären das Tanzen und den Löwen eine respektvolle Verbeugung bei.“ Nach diesem Muster verfährt offensichtlich der CDU-Vorstand.

Glauben die Strategen in der CDU-Zentrale wirklich, dass der „konditionierte Reflex“ bei den vielen Menschen, die noch Bildung, Wissen und Kultur aus DDR-Zeiten ihr eigen nennen und den Jüngeren weiter geben, schon soweit pervertiert wurde, dass sie wie die Papageien den Unsinn der CDU nachplappern, wie die Bären nach der Pfeife der CDU tanzen oder sich wie dressierte Löwen artig vor ihr verbeugen?

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, beweist die das kapitalistische System rund um den Planeten in seinen Grundfesten erschütternde Finanzkrise, verbunden mit Wachstumskrise, Ökokrise und Armutskrise, die zwingende Notwendigkeit einer gesellschaftspolitischen Alternative. Statt einen konstruktiven, vorwärts weisenden Dialog mit allen demokratischen Kräften aufzunehmen, flüchtet sich die CDU in primitivste antisozialistische DDR-Verleumdung. Wie armselig muss es um eine Regierungspartei bestellt sein, die es als notwendig erachtet, Diskussionen über gesellschaftliche Alternativen mit Schlammschlachten auf derart niedrigem Niveau begegnen zu müssen?

Glaubt die CDU tatsächlich, dass die Menschen durch sie und die ihr hörigen Massenmedien schon so verblödet sind, dass sie auf derartige Schmutzkampagnen hereinfallen? Ich will den Glauben noch nicht aufgeben und etwas dafür tun, dass es in Deutschland, nicht nur im Osten, noch genügend Menschen gibt, die statt Schlammschlachten eine niveauvolle, sachliche und vorwärts weisende Debatte über Alternativen befürworten und führen wollen. Es bleibt zu hoffen, dass viele Menschen dem CDU-Vorstand nicht nur auf Stimmzetteln die gebührende Antwort erteilen.

Klaus Blessing ist Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. und Buchautor